



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2015

Refeudalisierung, Neofeudalismus, Geldaristokratie: die Wiederkehr des Vergangenens als Farce?

Tanner, Jakob

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-122835>

Book Section

Published Version

Originally published at:

Tanner, Jakob (2015). Refeudalisierung, Neofeudalismus, Geldaristokratie: die Wiederkehr des Vergangenen als Farce? In: Biaggini, Giovanni; Diggelmann, Oliver; Kaufmann, Christine. Polis und Kosmopolis: Festschrift für Daniel Thürer. Zürich: Dike Verlag, 733-748.

Jakob Tanner, Refeudalisierung, Neofeudalismus, Geldaristokratie. Die Wiederkehr des Vergangenen als Farce?, in: Giovanni Biaggini, Oliver Diggelmann, Christine Kaufmann (Hg.), Polis und Kosmopolis. Festschrift für Daniel Thürer, Zürich et al. (Dike Verlag/Nomos Verlag) 2015, S. 733-748.

Refeudalisierung, Neofeudalismus, Geldaristokratie. Die Wiederkehr des Vergangenen als Farce?

Jakob Tanner

Refeudalisierung oder Neofeudalismus sind Bezeichnungen, die implizieren, dass Elemente einer längst überwundenen Herrschaftsform in den modernen Kapitalismus zurückgekehrt sind. Jürgen Habermas sprach schon in den frühen 1960er Jahren in seiner Studie zum »Strukturwandel der Öffentlichkeit« von einer von den Massenmedien ausgehenden »Refeudalisierung« der bürgerlichen Gesellschaft.¹ Diese Diagnose fand in der Folge wenig Resonanz, wird aber seit einigen Jahren wiederum häufiger gestellt, und zwar aus unterschiedlicher politischer Richtung und in verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen (Wirtschaftsgeschichte, Philosophie, Soziologie, Statistik, etc.). Gemeinsamer Nenner ist die Einsicht, dass die weit verbreitete Rede vom »Neoliberalismus« darüber hinwegtäuscht, dass die Verteilungsstrukturen der Einkommen und Vermögen und die Herrschaftsstrategien einer neuen wirtschaftlichen, global vernetzten Elite eben gerade nicht mehr »liberal« sind, sondern als »feudal« beschrieben werden müssen.

Helvetische Diagnosen und internationale Konklusionen

In der Schweiz war es der Statistiker (und langjährige Chef des Statistischen Amtes des Kantons Zürich) Hans Kissling, der 2008 die These einer feudalistischen Reichtumsverteilung lancierte. In der Studie »Reichtum ohne Leistung« legte er das Augenmerk auf die Auswirkungen dieser Politik im Innern. Die Schweiz werde, so die These, angesichts einer zunehmenden Ungleichverteilung der Einkommen und Vermögens »feudalisiert«. Durch Erbschaften im Gesamtwert von einer Billion Schweizerfranken (berechnet auf 30 Jahre) würde der Trend zu Reich-

¹ Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit – Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied 1962, Neuausgabe 1990, S. 292 und 336 f.

tum, der nicht mit besonderen Leistungen verdient ist, verstärkt. Mit der »Vererbung von Megavermögen« wirke eine privilegierte Familienelite als »Motor der Feudalisierung«.² Im Endeffekt führe dies zu einer Fehlallokation von Investitionsmitteln. Kissling zitiert an dieser Stelle Nicolas Hayek: »Der Reichtum hockt am falschen Ort und denjenigen, die etwas wollen, fehlt das Geld.«³ Kisslings Analyse gipfelt in der Aussage, die Feudalisierung sei ein »weltweites Phänomen« und die Schweiz befinde sich »an der Spitze«.⁴ Der Autor bleibt in seiner Definition allerdings instabil. Er spricht er von »feudalen Zügen«, von »feudalen Verhältnissen« und verwendet »Feudalismus« und »Neofeudalismus« häufig synonym. In einem neueren Beitrag sieht Kissling die Schweiz auf dem Weg in eine »Plutokratie«; er vergleicht die neuen Grossvermögen mit jenen »mittelalterlicher Fürsten« und stellt gleichzeitig einen Rückfall ins 19. Jahrhundert in Aussicht.⁵

Theoretisch präziser und konziser hat der Wirtschaftshistoriker und Gesellschaftstheoretiker Hansjörg Siegenthaler die Tendenz zur »Refeudalisierung« definiert. Nach einigen aussenpolitischen Lockerungsübungen, die 1991/92 zum Beitritt der Schweiz zu den Institutionen von Bretton Woods und zur Hinterlegung eines schweizerischen Beitrittsge-suchs zur Europäischen Gemeinschaft in Brüssel geführt haben, seien – so die These – nach der Ablehnung der EWR-Vorlage am 6. Dezember 1992 massgebliche Teile der schweizerischen Wirtschaftselite wiederum auf einen kooperationsverweigernden Privilegiensicherungskurs eingeschwenkt. Dies mit dem Ziel, die Aussenbeziehungen der Schweiz nach dem Modell privatrechtlicher Wirtschaftsverträge selber, d.h. ohne Mediatisierung durch starke transnationale Organisationen, und insbesondere ohne die EU, zu regeln. Dabei würden die historischen Mythen der Schweiz, die den Kampf gegen Fremdherrschaft zum Leitfossil nationaler Selbstbestimmung machen, für die innenpolitische Mobilisierung benutzt, während liberale und linke Kräfte sich noch immer den Kopf darüber zerbrechen, wie sie mit diesen geschichtlichen Traditionen an der Wende zum 21. Jahrhundert umgehen könnten. Siegenthaler fasst »Refeudalisierung« prononciert als »Veränderungen in der Landschaft

² Hans Kissling, Reichtum ohne Leistung – Die Feudalisierung der Schweiz, Zürich 2008, S. 34 f.

³ Ibid., S. 32.

⁴ Ibid., S. 44 f.

⁵ Hans Kissling, Vorwärts ins 19. Jahrhundert, Das Magazin, 2014. <http://blog.dasmagazin.ch/2014/05/30/vorwaerts-ins-19%E2%80%89jahrhundert/>.

des Kapitalismus«: »Wir könnten einen Kapitalismus bekommen, der vor die Aufklärung zurückgeht und an die frühe Neuzeit anknüpft. Einen Kapitalismus, in dem die ökonomischen Ressourcen bei einigen wenigen Global Players konzentriert wären, sodass der Staat als Steuerstaat zu schwach wäre, um das System überhaupt noch regulieren zu können.« In einer solchen Gesellschaft nimmt die politische Macht der Reichen zu; dass »Oligarchen« und »Plutokraten« dank ihrer immensen Vermögen die Chance haben, Staatspräsident zu werden, würde zum Normalfall werden.⁶

Nochmals eine etwas andere Wendung nimmt die Feudalisierungsthese in einer Studie des Völkerrechtlers Daniel Thürer.⁷ Hier wird eine Ähnlichkeit aktueller Entwicklungen mit dem vorstaatlichen, vorvölkerrechtlichen, feudalen Rechts- und Gesellschaftssystem konstatiert. So, wie letztere auf einem Geflecht von im metaphysischen Raum verankerten, quasi-kontraktuellen Machtbeziehungen zwischen Feudalherren und Lehensmännern basiert habe, so würden heute auch Machtgebilde wie Wirtschaftskonzerne, Gipfelkonferenzen und informelle Zusammenschlüsse wie die G-7, G-8 und die G-20 jenseits der öffentlichen Verantwortung und Rechenschaftslegung in die Politik intervenieren. Eine solche Entwicklung gehe unweigerlich auf Kosten eines republikanischen Staatsverständnisses. Die in einem nationalstaatlichen Rahmen sich entwickelnde (direkte) Demokratie wird aus dieser Sicht weniger durch die Neureichen und Geldaristokraten, sondern durch die Koordinationsinstanzen und Regulationsagenturen, die den global dynamisierten Kapitalismus international einzuhegen versuchen, ausgehebelt.

Feudalismus und Kapitalismus

Alle drei Refeudalisierungsthese verorten die Schweiz in einem globalen Zusammenhang und zielen auf eine generalisierte Beschreibung von Tendenzen, die sich weltweit beobachten lassen. Dabei greifen sie ein Wort mit einer merkwürdigen Geschichte auf, das, wie die Eule der Minerva, seinen Flug erst in der Abenddämmerung begann. Der Begriff Feudalismus kam erst auf, als die Gesellschaftsformation, auf die er sich

⁶ Hansjörg Siegenthaler, Wir sollten der EU beitreten, Die Zeit, 2014/30. <http://www.zeit.de/2014/30/schweiz-europa-hansjoerg-siegenthaler>.

⁷ Daniel Thürer, Res publica: Von Menschenrechten, Bürgertugenden und neuen Feudalisten, in: Peter Häberle (Hrsg.), Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Band 60, Tübingen 2012, S. 281–306.

bezog, in Auflösung begriffen war. Philosophen der Aufklärung wie Montesquieu und Voltaire setzten ihn in Zirkulation und alsbald avancierte er zum Kampfbegriff, der sich auf das verhasste Alte bezog. Das *Ancien Régime*, wie es die Französische Revolution hinter sich zurückliess, wurde *post festum* und pejorativ als »feudalistisch« apostrophiert. Inzwischen war dieser Feudalismus bereits Vergangenheit – oder sollte es zumindest werden. Der Untertan war zum freien Bürger geworden. »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« lautete die Parole des *Citoyens*. Dieser bezog sein überlegenes Selbstbewusstsein aus der Idee der Perfektibilität des Menschen, welche die Aufklärung in die Welt gesetzt hatte. Als ein Wesen, das sich mit Hilfe von Kulturtechniken und Erziehungsmethoden selber vervollkommen kann, passte der Mensch nicht mehr in die starre Hierarchie einer gottgegebenen Ordnung. Die Verankerung ewiger Werte im Transzendentalen wurde nun herausgefordert durch einen dynamischen Machbarkeitsglauben. An die Stelle des geköpften Königs trat das souveräne Volk, der *Demos*, der sich anschickte, die Regeln gesellschaftlichen Zusammenlebens aus einem demokratischen Prozess heraus selber zu entwickeln. Alle Menschen sollten, so Rabaut Saint-Étienne im Revolutionsjahr 1789 – »gleich an Freiheit« sein.⁸ Die Unterschiede des feudalen Zeitalters und einer ständischen Gesellschaft machten der revolutionären Idee einer »Gesellschaft der Gleichen« oder einer »Gesellschaft der Ähnlichen« Platz.⁹ Dieser Prozess verlief allerdings nicht flächendeckend und unilinear; die führenden Grossmächte blieben weiterhin Monarchien und die Vorstellung einer göttlich legitimierten Macht blieb politisch wirksam. Doch die demokratische Gesellschaft war denkmöglich geworden.

Etwa gleichzeitig eröffnete sich mit der Industriellen Revolution aber auch ein neuer Weg zu materiellen Reichtum. Der *Citoyen* fand sein Gegenstück – und seine Kehrseite – im *Bourgeois*, der als Investor die Kapitalakkumulation vorantrieb. Geld als »Superadditum des Reichtums« erhielt mit dem breiten Durchbruch eines industriellen Fabrikkapitalismus einen neuen Entfaltungsspielraum.¹⁰ Mit der Entstehung einer

⁸ Zitiert nach: Pierre Rosanvallon, *Die Gesellschaft der Gleichen*, Hamburg 2013, S. 33.

⁹ Rosanvallon (Anm. 8), S. 33; Robert Castel, *Die Stärkung des Sozialen – Leben im neuen Wohlfahrtsstaat*, Hamburg 2005; Zum Ähnlichkeitsprinzip vgl. Léon Bourgeois, *Solidarité*, Paris 1896.

¹⁰ Georg Simmel, *Philosophie des Geldes*, Parkland Verlag, 2001, S. 197 ff.

durch den Massenpauperismus bedrohten Arbeiterklasse und eines begüterten Bürgertums führte die aufstrebende liberal-bürgerliche Gesellschaft einen fundamentalen Widerspruch in seinen Funktionsmechanismus ein. Zwischen der republikanischen Gleichheitsunterstellung und den neuen Formen der wirtschaftlichen Ressourcenmobilisierung und Reichtumsanhäufung baute sich ein Spannungsfeld auf. Wichtigster Grund dafür war, dass nun die Unterschiede zwischen den Menschen neu als Ungleichheit interpretiert wurden. Für den aufgeklärten Aktivist und politischen Philosophen Thomas Paine war Armut ein Skandal. Sie musste nicht sein, es lag an den Menschen, Institutionen zu entwickeln, die Not und Entbehrung verhindern konnten. Den Armen war zu helfen.¹¹ Dies zwang jene, die nicht daran glaubten, dass Armut abgeschafft werden könne, zur Formulierung neuer Thesen, die Ungleichheit wissenschaftlich legitimierten. Thomas Malthus' Bevölkerungstheorie verpackte die Kritik an sozialen Unterstützungsleistungen in mathematische Formeln. Nach Malthus wuchs die Bevölkerung, sich selber überlassen, in geometrischer Progression, während die Nahrungsproduktion nur in arithmetischer Reihe zunehmen konnte. Diese »Malthussche Schere« zwischen einer rasch ansteigenden Bevölkerung und den beschränkten Möglichkeiten, diese zu ernähren, erforderte dauerhafte »interne Restriktionen« (Heiratsgesetze, Sittlichkeitsvorschriften, Verzicht auf Sozialleistungen) und periodische »externe Checks« (Krisen und Kriege), wobei die letzteren umso häufiger auftraten, je weniger effizient die ersteren ausgestaltet waren.¹²

Die Erfahrung, dass demokratische Gleichheit und soziale Ungleichheit koexistierten, war für jene Autoren keine Überraschung, welche die Französische Revolution nicht – im Sinne der Aufklärung – als Selbstbefreiung des Menschen hin zu einem Prozess ständiger Selbstvervollkommenung wahrnahmen, sondern als Beginn einer neuen Phase der Ausbeutung deuteten. Im »Manifest der Kommunistischen Partei« von 1848 brachten Karl Marx und Friedrich Engels die dialektisch-kritische Lesart des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus geschichtsphilosophisch auf den Punkt: »Die aus dem Untergange der feudalen Gesellschaft hervorgegangene moderne bürgerliche Gesellschaft hat die

¹¹ Jakob Tanner, *Der Kampf gegen die Armut, Erfahrungen und Deutungen aus historischer Sicht*, in: Ursula Renz/Barbara Bleisch (Hrsg.), *Zu wenig – Dimensionen der Armut*, Zürich 2007, S. 80–109.

¹² Matthew Connelly, *Fatal Misconception – The Struggle to Control World Population*, Cambridge (Mass.) 2008.

Klassengegensätze nicht aufgehoben. Sie hat nur neue Klassen, neue Bedingungen der Unterdrückung, neue Gestaltungen des Kampfes an die Stelle der alten gesetzt.« In der »Epoche der Bourgeoisie« seien die gesellschaftlichen Verhältnisse radikal vereinfacht worden: »Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen, und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrig gelassen, als das nackte Interesse, als die gefühllose »bare Zahlung«. Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spiessbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. Sie hat die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst, und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohl erworbenen Freiheiten die Eine gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt. Sie hat, mit einem Wort, an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene, unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung gesetzt.«¹³

Epigonen von Marx schmiedeten aus dieser Analyse eine eindimensionale Ausbeutungs- und Verelendungsthese. Diese verlor im 20. Jahrhundert zunehmend an Plausibilität. In den entwickelten Industrieländern erreichte der materielle Lebensstandard vor allem in den Jahren nach 1945 ein präzedenzloses Niveau. Progressive Einkommensbesteuerung, Sozialversicherung, Gesamtarbeitsverträge und eine ganze Reihe von Regulierungen lösten die *Great Compression* aus.¹⁴ Darunter wird die Schliessung der Einkommens- und Vermögensschere (nach einer langen Phase der Öffnung) verstanden. Der Wirtschaftshistoriker Simon Kuznets formulierte 1955 seine berühmte These vom umgekehrten *U-turn* der Einkommensungleichheit im modernen Wirtschaftswachstum (dessen zentrales Merkmal das Wachstum des durchschnittlichen Prokopfeinkommens ist).¹⁵ Man musste, dieses hoffnungsvolle Bild liess sich aus der Kuznets-These gewinnen, im 19. Jahrhundert durch das Fegefeuer steigender sozialer Ungleichheit hindurch, um im Verlaufe des 20. Jahr-

¹³ Manifest der Kommunistischen Partei, London 1848, S. 4 f. http://de.wikipedia.org/wiki/Manifest_der_Kommunistischen_Partei_%281848%29.

¹⁴ Claudia Goldin/Robert A. Margo, The Great Compression, The Wage Structure in the United States at Mid-Century, Quarterly Journal of Economics 107 1992, S. 1–34. <http://qje.oxfordjournals.org/content/107/1/1.short>.

¹⁵ Simon S. Kuznets, Economic Growth and Income Inequality, American Economic Review 45.1 1955, S. 1–28.

hunderts schliesslich bei einem »demokratischen Kapitalismus« anzulangen. Dieser brachte das Kapital in einen Macht- und Sozialausgleich mit der Demokratie – d.h. jener politischen Herrschaft jener »Gleichen«, die das Volk konstituieren. Demokratische Aushandlungsprozesse sorgten dafür, dass fortan für einige Jahrzehnte der *Output* eines auf phänomenalen Produktivitätsfortschritten basierenden Wirtschaftssystems in die Breite ging und die finanzielle Kaufkraft für breite Bevölkerungsschichten anhub. In den 1960er Jahren waren es vor allem fortschrittsoptimistische Modernisierungsbegriffe, welche davon ausgingen, dass sich liberale Demokratie, kapitalistische Wirtschaft und bürgerliche Gesellschaft bestens ergänzen würden.¹⁶

In den 1980er Jahren hatten Modernisierungstheorien nochmals Konjunktur. Zur selben Zeit häuften sich allerdings die Zeichen, dass diese Erwartungen einer prästabilisierten Harmonie von Demokratie und Kapitalismus nicht realistisch waren. Es manifestierten sich verstärkt Ungleichheiten und Gegensätze. Die Einkommens- und Vermögensunterschiede nahmen global wieder zu. In der Weltwirtschaft dominieren grosse Unternehmen; bei einem grossen Teil der internationalen ökonomischen Transaktionen handelt es sich um Intrakonzernhandel, so dass die Rede von einem »Weltmarkt« kaum mehr angemessen erschien, um diese Wirtschaftsweise zu typologisieren. Die Finanzmärkte wuchsen in neue Umsatzdimensionen hinein: mit der Finanzialisierung von Unternehmen gerieten diese in den Bann der Börsenbewertung.¹⁷ Manager, Aktienbesitzer, Investmentbanker und Hedge Fonds verzeichneten exorbitante Einkommenszuwächse, während bei einer grossen Mehrzahl von Arbeiterinnen und Angestellten die Reallöhne stagnierten. Akzentuiert wurde diese Auseinanderentwicklung durch das Vererben der Vermögen vorangehender Generationen an die nächste. Die soziale Mobilität nahm im reziproken Verhältnis zur Vergrösserung der ökonomischen Unterschiede ab.¹⁸

In diesem Kontext kam die neue Rede von einer Refeudalisierung und einem Neofeudalismus auf. Das »Re« (bzw. »Neo«) verband sich

¹⁶ Thomas Mergel, Modernisierung, in: Institut für Europäische Geschichte (IEG), Europäische Geschichte Online (EGO), Mainz 2011. <http://www.ieg-ego.eu/mergelt-2011-de>; urn:nbn:de:0159-20110201116 [20.12.2014].

¹⁷ Greta R. Krippner, The Financialization of the American Economy, in: Socio-economic Review 2005, S. 173–208; Gerald A. Epstein, Financialization and the world economy, Cheltenham 2006.

¹⁸ Thomas Piketty, Le capital au XXI^e siècle, Paris 2013.

dabei mit dem Präfix »Post«, das ein Vor- und ein Nachher postuliert. Die postindustrielle und postfordistische Gesellschaft der postmodernen Postdemokratie unterschieden sich vom fordistischen Industriesystem des demokratischen Kapitalismus genau darin, dass sie feudale Elemente aufweist, und dies in einem Ausmass und einer Intensität, dass die Trias aufgeklärte Öffentlichkeit, Demokratie und Kapitalismus in Richtung eines *nouveau Ancien Regime* abdriftet.

Wiederholung der Geschichte oder historischer Strukturwandel?

Wiederholt sich in diesem Oxymoron von alt und neu die Geschichte? Und, falls ja, was hiesse dann »Wiederholung«? In welcher Vergangenheit würden die modernen Gesellschaften ankommen? Karl Marx zitierte im »Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte« den Philosophen Georg Wilhelm Friedrich Hegel, der irgendwo bemerkt habe, »dass alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen«. Hegel habe jedoch, so Marx, hinzuzufügen vergessen, »das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce«. ¹⁹ Ist der Neofeudalismus also eine Farce, eine lächerliche Karikatur eines Herrschaftssystems, in dem der König ein Autokrat war? Sind die geldadeligen Neureichen mit ihren bizarren Konsumgewohnheiten und Geltungsbedürfnissen Geschichtskomödianten, die heute unfreiwillig parodistisch die aufwändige Herrschaftsrepräsentation und Vergeudungsästhetik des Feudalismus inszenieren? Führen die modernen Massenmedien zurück in eine Gesellschaft, in der eine kritische Öffentlichkeit keinen Platz hat, sondern durch Entertainment, eine Ästhetik des Spektakels und Subjektivierung (im Sinne einer Unterwerfung unter die sinnstiftende Medienmatrix) ersetzt worden ist? Oder gilt, was Sighard Neckel in seiner Studie zur »Refeudalisierung der Ökonomie« festhält: dass hier ein »Strukturwandel der kapitalistischen Wirtschaft« vorliegt, die zu einem »Kapitalismus ohne Bürgerlichkeit« hinführt? ²⁰

Solche Wortwendungen sind zum einen als Metaphern dafür, dass etwas schief gelaufen ist mit einem demokratisch domestizierten Kapitalismus, der Privateigentum und Breitenwohlstand zu vereinen versprach.

¹⁹ Georg Friedrich Wilhelm Hegel, Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte 12, Frankfurt a.M. 1973, S. 380.

²⁰ Sighard Neckel, Refeudalisierung der Ökonomie – Zum Strukturwandel kapitalistischer Öffentlichkeit, Köln 2010, S. 14 f.

Zum andern stellen sie Anstrengungen dar, eine neue analytische Kategorie zu definieren. Dabei wird deutlich, dass die Refeudalisierungsthese gerade im Hinblick auf den Kapitalismus ganz unterschiedlich gelesen werden kann. Die eine These geht davon aus, dass sich das Kapital seit der Krise Mitte der 1970er Jahre von den demokratischen Fesseln befreit und sich als Akteur eines neuen Klassenkampfes konstituiert hat. Die andere sieht umgekehrt mit der fortschreitenden Feudalisierung auch den Kapitalismus bedroht.

Die erste These konstatiert eine folgeschwere Verlagerung im politischen Kräftefeld. War es noch in den 1960er Jahren die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterbewegung, welche trotz Sozialpartnerschaft und sozial pazifizierter Verhandlungsstrategien immer wieder Druck aufbauen und mit Kampfmassnahmen drohen konnte, so ergriffen nun Unternehmer, Investoren, Manager und grosse Kapitaleigentümer das Gesetz des Handelns und forderten das Ende lästiger Regulierungen, durchgreifende Liberalisierungsmassnahmen und Steuersenkungen. ²¹ Es brach damit eine Phase an, in der sich (aufgrund eines bürgerlichen »Steuerstreiks«) die Staatsverschuldung strukturell expandierte und die (aufgrund stagnierender Reallöhne) die Privatverschuldung stark emporschnellte. ²² Der Investor und Finanzmarkttycoon Warren Buffett, der sich verschiedentlich kritisch zur steuerlichen Bevorteilung der Reichen geäussert und eine stärkere Beteiligung der Vermögenden an der Staatsfinanzierung gefordert hatte, urteilte allerdings illusionslos über die Möglichkeiten breiter Bevölkerungsschichten, sich in diesem ungleichen Kampf um die Verteilung des Volkseinkommens durchzusetzen: »If class warfare is being waged in America, my class is clearly winning«, verlaute-
te er 2003 im Geschäftsbericht seiner Firma. ²³

Aus dieser Sicht ist die Refeudalisierung gleichbedeutend mit dem Aufstieg eines neuen Geldadels oder einer Finanzaristokratie, die sich immer schamloser auf Kosten der Allgemeinheit bereichert und der

²¹ Wolfgang Streeck, Gekaufte Zeit – Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin 2013.

²² Die Tatsache, dass gerade der Aufstieg des Neoliberalismus mit dem Übergang von einem konjunkturellen Verständnis der Staatsverschuldung (à la Keynes) zu einem Dauerphänomen einherging, findet so eine plausible Erklärung. Vgl. James M. Buchanan, Public Debt, in: The New Palgrave Dictionary of Economics, 2013.

²³ Berkshire Hathaway Inc., 2003 Annual Report, Omaha (N.E.) 2003, S. 7. <http://www.berkshirehathaway.com/2003ar/2003ar.pdf>, S. 7.

Demokratie das Recht abspricht, sich in volkswirtschaftliche Verteilungsfragen überhaupt nur einzumischen. Systematisch betrachtet zwingen international aufgestellte Firmen die Nationalstaaten in einen Standortwettbewerb hinein, in dem das Damoklesschwert des Wegzugs über allen steuer- und regulierungspolitischen Traktanden der nationalen Parlamente hängt. Gleichzeitig hat sich auf den Finanzmärkten eine neue Elite ausgebildet, welche sich mit hochriskanten Geschäftsmodellen bereichert, umgekehrt aber die Haftung für die Verluste an ebendiese Staatsfinanzen, die sie in die monetäre Auszehrung hineintreibt, abgetreten hat. Als »Eigentümer ohne Risiko«²⁴ bedienen sich diese neuen Geldherren staatlicher Einrichtungen in undemokratischer Weise, sie massen sich eine politische Macht an, die demokratisch nicht legitimiert ist und, was auf dasselbe hinausläuft, höhlen demokratische Entscheidungsprozesse aus. In der Refeudalisierung kann damit eine spezifische Weise kapitalistischer Herrschaftsausübung gesehen werden, die den Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit in jenen zwischen Kapitalismus und Demokratie verschoben hat. Es formieren sich »Plutonomien«²⁵, in denen Reiche immer reicher werden und sich gleichzeitig zunehmend um den Schutz ihres Eigentums sorgen. In einer solchen Konstellation werden Staaten als Anlageobjekte attraktiv. Finanzmärkte unterstützten die Verschuldungspolitik von Staaten, denen sie gleichzeitig periodisch das Vertrauen entziehen. Dies treibt die Risikoprämien in die Höhe und bringt den Gläubigern hohe Gewinne ein. Weil die international vernetzten Grossbanken jedoch *too big to fail* sind, werden die Risiken des Finanzsystems im akuten Krisenfall von Zentralbanken und letztlich von den Steuerzahlern bzw. den Staatsbürgern übernommen. Diese Sozialisierung der Verluste löst vehemente Gegenreaktionen innerhalb benachteiligter Bevölkerungsschichten aus und führt zu Sozialprotest und Oppositionsbewegungen. Dies wiederum erhöht die Unsicherheit innerhalb einer plutokratischen Gesellschaftsform.²⁶ Eine diffuse Angst fördert neue Formen gesellschaftlicher Absicherung wie *Gated communities* und weiteren Zugangsbeschränkungen. Allgemein finden

²⁴ Paul Windolf, Eigentümer ohne Risiko. Die Dienstklasse des Finanzmarkt-Kapitalismus, in: Zeitschrift für Soziologie 2008, S. 516–535.

²⁵ Wolfgang Streeck, Gekaufte Zeit – Die vertragte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin 2013.

²⁶ Timothy K. Kuhner, Capitalism v. Democracy – Money in Politics and the Free Market Constitution, Stanford 2014.

Forderungen nach einer umfassenden Sicherheits- und Kontrollpolitik nach innen bei gleichzeitiger Liberalisierung nach aussen Resonanz.

Während dieses Deutungsmuster das Kapital als Hauptagenten der Refeudalisierung und den Kapitalismus als die Zentralinstanz des Neofeudalismus konzipiert, kehrt eine alternative Sicht die Wirkungsbeziehungen um. Sie bestätigt damit Marx und widerspricht ihm zugleich. Sie hält einerseits – wie im Kommunistischen Manifest ausgeführt wird – an der Unvereinbarkeit von Feudalismus und Kapitalismus fest. Andererseits weist sie ein teleologisches Verständnis einer menschlichen Fortschrittsgeschichte zurück. Wenn es keinen gerichteten Prozess gibt, wie ihn der »wissenschaftliche Sozialismus« postulierte, dann besteht durchaus die Möglichkeit, dass sich Gesellschaften nach zwei Jahrhunderten Kapitalismus wieder auf den Feudalismus zubewegen. Damit wird die Funktionslogik der Kapitalakkumulation in einer Weise umgestellt, die mit dem modernen Industrie- und Fabrikkapitalismus nichts mehr zu tun hat. Der Finanzmarktkapitalismus wird vielmehr mit jenem Handelskapitalismus parallelisiert, der sich in der Frühen Neuzeit innerhalb einer feudalen Gesellschaft entfalten konnte. Diese Form des Kapitalismus war – worauf insbesondere der Annales-Historiker Fernand Braudel hingewiesen hat – durch seine Monopoltendenz geprägt.²⁷ Die kapitalistischen Machtgruppen setzten auf Privilegien und exklusive Rechte; weit davon entfernt, Märkte zu fördern, schränkten sie diese ein. Sie waren auch nicht am Einbezug der breiten Bevölkerung in politische Entscheidungsprozesse interessiert und lehnten die feudalen Herrschaftsformen nur soweit ab, als sie ihre eigenen Machtaspirationen in Frage stellten. Im Kauf von Adelstiteln und im Aufstieg in die Sphäre der feudalen Herrschaftsträger sahen sie kein Problem, sondern eine Chance, ihre Machtposition zu stabilisieren.

Wird der parallele Durchbruch des Industriekapitalismus und der parlamentarischen Demokratie vor diesem Hintergrund betrachtet, so zerstört heute die Refeudalisierung beide Errungenschaften gleichermaßen.²⁸ Autoren wie Timothy K. Kuhner fordern deshalb eine Beschränkung der Geldherrschaft in der Politik und die Stärkung einer *Free Market*

²⁷ Fernand Braudel: La dynamique du capitalisme, Paris 1985. Eine Kritik an Braudel formuliert Laurence Fontaine: Le marché – Histoire et usages d'une conquête sociale, Paris 2014.

²⁸ Von einer Selbstzerstörung des Kapitalismus durch die Finanzmärkte sprechen etwa: Nouriel Roubini/Stephen Mihm, Das Ende der Weltwirtschaft und ihre Zukunft – Crisis Economics, Frankfurt a.M. 2010.

Constitution. Er schreibt: »Just as money in politics disrupts the invisible hand of economic competition, it disrupts the invisible hand of democratic competition and collaboration.«²⁹ In eine ähnliche Richtung argumentierte vor ihm Adam Seligman, der in seiner Studie »The problem of trust« auf den Teufelskreis von Vertrauensverlust und Schwächung der individuellen Risikobereitschaft verweist. Die Abkehr vom Individualismus mache Vertrauen dysfunktional, denn Vertrauen gäbe es – so das Argument Seligmans – nur, wenn Individuen Risiken eingehen und sich damit Problemen stellen, für die Vertrauen die Lösung ist. Mit dem Überhandnehmen gruppenbasierter Optimierungsstrategien kommt es deshalb zu einer *feudalization of life* auf Kosten einer kapitalistischen Dynamik.³⁰

Angesichts dieser entgegengesetzten Thesen erhält die Habermassche Definition der »Refeudalisierung« aus den beginnenden 1960er Jahren eine neue Aktualität. Refeudalisierung wird hier nicht als Selbstabschaffung des Kapitalismus, sondern als Auszehrung der rationalen Kultur des Bürgertums beschrieben. Die »feudalen Züge« in der bürgerlichen Öffentlichkeit weisen nach Habermas eine genuin ästhetisch-auratische Dimension auf, die das Selbstverständnis einer in Abgrenzung zur feudalistischen Macht- und Prachtentfaltung entstandenen bürgerlichen Verantwortungsethik durchbricht. Feudalisierung stellt sich ein, wenn »die »Angebotsträger« ihren repräsentativen Aufwand vor folgebereiten Kunden (entfalten)«. Publizität simuliert also »jene Aura eines persönlichen Prestiges und übernatürlicher Autorität«, die der feudalen Ära eigen war. Die institutionellen Repräsentationsformen der parlamentarischen Demokratie werden von der Medienmaschinerie kolonisiert und umgebaut. Habermas bringt die »Refeudalisierung der Öffentlichkeit« mit dem »Neomerkantilismus« einer interventionistischen Verwaltung zusammen; die Logik der Werbung, welche *Public relations* zur Chiffre für Geschäftserfolg macht, unterwirft sich den Staat, der nun den Staatsbürgern suggerieren muss, sie seien ebenfalls »Kunden«, analog zum Verbraucher, der mit seiner kaufkräftigen Nachfrage die Märkte räumt: »So wirbt auch die öffentliche Gewalt um *publicity*.«³¹ Die Staatlichkeit löst sich in einer glitzernden Nebelwolke grosser Versprechen auf; der überprüfbare Zusammenhang zwischen Verantwortung und Rechenschaftspflichtigkeit (im Englischen durch die Inklusion von *Response* in *Responsibility* ausge-

²⁹ Kuhner (Anm. 26), S. 263 f.

³⁰ Seligman, *The Problem of Trust*, Princeton 1997, S. 172.

³¹ Habermas (Anm. 1), S. 292.

drückt), wird substituiert durch eine bunte Gemengelage von taktischen Slogans, Beteuerungen, Bekräftigungen und Behauptungen. Die kritische Öffentlichkeit gerät ins Gravitationsfeld des grossen Geldes und wird umgemodelt durch massenmediale Kampagnen, Angstpropaganda, *Personality touch* und neue Techniken des persönlichen Angriffs auf den politischen Gegner.

Postdemokratie?

Colin Crouch hat diesen prägenden »Einfluss privilegierter Eliten«³² auf die demokratische Meinungs- und Willensbildungsprozesse in seiner Studie zur »Postdemokratie« herausgearbeitet. Dieser Kritik liegt eine hohe normative Messlatte zugrunde; dennoch vermag sie einige Verschiebungen in den politischen Kräfteparallelogrammen zu erfassen. Crouchs Gegenrezepte – Beschränkung der Macht der Plutokratie, Stärkung direktdemokratischer und parlamentarischer Institutionen sowie politische Mobilisierung von unten – greifen allerdings bei weitem zu kurz, wenn sie sich in die klassische Vorstellungen eines souveränen Nationalstaates einfügen. Wenn nationale Abschottung kein Rezept für die Rettung demokratischer Entscheidungsmöglichkeiten sein kann, so werden transnationale Kooperations- und Integrationsprozesse nötig, die ihrerseits die Frage aufwerfen, wie sie mit (direkt-)demokratischen Verfahren vermittelt werden können. Einen einfachen Weg aus dem Dilemma zwischen Be- und Entgrenzung gibt es nicht. Der Sachverhalt, dass der Nationalstaat zu klein ist für die grossen Probleme des Lebens und gleichzeitig zu gross für die kleinen Probleme, hat sich weiter akzentuiert.³³ Die staatlichen Kontrollstrategien, die sich in den Jahrzehnten um 1900 an der nationalen Territorialität festmachten, waren ein Jahrhundert später aufgrund neuer Informations- und Kommunikationstechnologien und der mit ihnen freigesetzten Mobilitätsformen und Geschäftsmodelle in eine irreparable Krise geraten.³⁴ Lernprozesse sind deshalb nur dann aussichtsreich, wenn sie in Richtung neuer transnationaler Institutionen gehen, die mit den bestehenden nationalen Einrich-

³² Colin Crouch, *Postdemokratie*, Berlin 2008, S. 13

³³ »The nation-state is becoming too small for the big problems of life, and too big for the small problems of life«. Daniel Bell, *The World and the United States* in 2013, *Daedalus* 116.3 1987, S. 1–30.

³⁴ Charles S. Maier, *Capitalism and territory*, in: Gunilla Budde (Hrsg.), *Kapitalismus: historische Annäherungen*, Göttingen 2011, S. 147–163.

tungen und neu zu schaffenden regionalen und lokalen Entscheidungszentren koexistieren. Die so Kontur gewinnende Mehrebenendemokratie lässt sich auch als »Demoikratie«, als plurale, multi-nationale, mehrere politisch konstituierte »Völker« umfassende Zusammenschaltung demokratischer Instanzen beschreiben.³⁵ In einer solchen transnationalen Konfiguration liessen sich neue grenzüberschreitende und subnationale *Public-private-partnerships*, d.h. gemischte Arrangements zwischen Markt und Staat, zwischen privaten Unternehmen, öffentlichen Akteuren und politischer Regulierung entwickeln.

Gelingt es nicht, die Refeudalisierungstendenz durch solche Gegenkräfte zu brechen, so verwandelt sich der Kapitalismus zwar nicht in einen Feudalismus zurück, doch es werden sich im politischen Herrschaftsmodus zunehmende Ähnlichkeiten mit überlieferten Bildern feudaler Machtentfaltung einstellen. Die Farce dieser Entwicklung besteht darin, dass sich der feudal kolonisierte Nationalstaat nach wie vor als souveräner Agent aufführen wird – was jenen wirtschaftlichen Eliten, die ihn beherrschen, kaum Sorgen macht, weil es ihnen ja gerade darum geht, politische Aussenbeziehungen in globalisierte Privatverhältnisse zurückzuübersetzen und nationale Wirtschaftspolitik ausschliesslich unter dem Aspekt der internationalen Standortoptimierung zu betreiben. Nach innen geht diese Zurückdrängung eines *Cooperative Capitalism* einher mit der Zerklüftung des Arbeitsmarktes. Statt gesamtarbeitsvertraglichen Regelungen und der Einbindung von Arbeitsplätzen in Unternehmen, wird unter dem Druck der Finanzmärkte das *Outsourcing* von Leistungen betrieben, die nun über *Contractors* und *Service-Anbieter* »eingekauft« werden. Das ganze sozialpartnerschaftlich-sozialstaatliche Arrangement wird unterminiert, wobei sich dieser Druck auf die Löhne und die Prekarisierung von Stellen als Korrelat zur rasanten Steigerung des *Shareholder Value* und der Managervergütungen erweist.³⁶

Die Refeudalisierung geht also dem Kapitalismus keineswegs ans Mark, sondern transformiert ihn in eine neue Form. Der Finanzmarktkapitalismus der Gegenwart ist deshalb keine Neuauflage des Han-

delskapitalismus der Frühen Neuzeit. Feudale Phänomene sind eher Effekte denn Haupttriebkraft für die Veränderung der bürgerlichen Gesellschaft und der liberalen Öffentlichkeit. Die Dynamik dieses Wandels speist sich vielmehr primär aus neuen Subjektivierungsformen und insbesondere dem »unternehmerischen Selbst«, welches sich über Investitionen in sein »Humankapital« realisiert und eine permanente Bereitschaft zur Anpassung an neue Anforderungen aufweist. Dazu kommt eine Medienentwicklung, die sich unter den Begriffen des »Spektakels« und des *Econotainment* subsumieren lassen.³⁷

Im demokratischen Kapitalismus wurde es möglich, Unterschiede als »Ungleichheit« zu lesen und sie damit der politischen Kritik auszusetzen. »Leistungsgesellschaft« und »Meritokratie« waren Konzepte, die zur Rechtfertigung ungleicher Sozialstrukturen und hierarchischer Verhältnisse entwickelt wurden.³⁸ Die Einsicht, dass eine breite Anhebung des materiellen Lebensstandards unternehmerische Innovationen, Kapitalinvestitionen und Techniktransfers voraussetzt, trug dazu bei, ökonomische Ungleichheit akzeptabel zu machen. Inzwischen ist die wohlstandsschaffende Wirkung von Reichtum nicht mehr plausibel. Die zunehmende Ungleichheit wird deshalb dem demokratischen Begründungszwang entzogen und gleichsam naturalisiert. Wenn sich zugleich das Spektrum der politisch gestaltbaren Arbeits- und Lebensbedingungen verengt, wird die Demokratie – sei sie nun ein repräsentativ- oder ein direktdemokratisches System – zur Schwundform. Mag der neue Feudalismus auch als Farce erscheinen: er unterminiert sehr wirksam das Gleichheitsideal der Französischen Revolution. Nicht die Vergangenheit kehrt wieder, sondern die Zukunft wird besetzt. Refeudalisierung ist im Kern eine Transformation der nationalen Demokratie in einen elitegesteuerten Standortwettbewerb mit beträchtlichem massenmedialem Unterhaltungswert. Im Endeffekt läuft sie auf eine Absage an demokratische Gestaltungsmöglichkeiten der Gesellschaft hinaus. Um diese zu-

³⁵ Francis Cheneval/ Frank Schimmelfennig, The Case for Democracy in the European Union, in: Journal of Common Market Studies, Volume 51/2 (März 2013), S. 334–350; Vgl. Auch: NCCR Democracy, »Demoikratie« in Europa, 2009–2013. <http://www.nccr-democracy.uzh.ch/research/phaseII/module1/ip-2-designing-demoicracy-in-europe>.

³⁶ David Weil, The Fissured Workplace – Why Work Became So Bad for So Many and What Can Be Done to Improve It, Cambridge (Mass.) 2014.

³⁷ Guy Debord, La société du spectacle, Paris 1967; Markus Metz/Georg Seesslen, Kapitalismus als Spektakel, oder Blödmaschinen und Econotainment, Berlin 2012.

³⁸ Vgl. dazu die Satire von Michael Young: Auf dem Wege zur Ungleichheit – Es lebe die Meritokratie, Düsseldorf 1961; wichtig auch: David C. McClelland, The Achieving Society, Princeton (N.J.) 1961; und die Kritik, die in den ausgehenden 1960er Jahren von Claus Offe formuliert wurde: Claus Offe, Leistungsprinzip und industrielle Arbeit – Mechanismen der Statusverteilung in Arbeitsorganisationen der industriellen »Leistungsgesellschaft«, Frankfurt a.M. 1972.

rückgewinnen, sind neue Formen des politischen Widerstandes nötig, die über den nationalstaatlichen Rahmen hinausweisen. Zu einer Transnationalisierung der direkten Demokratie könnte gerade die Schweiz mit ihren robusten historischen Erfahrungen beitragen – um das tun zu können, müsste allerdings die in der Geschichte der Nachkriegszeit tief verankerte und heute wieder Urständ feiernde nationalistische Fundamentalkritik an der EU durch einen klügeren und produktiveren Ansatz überwunden werden.³⁹

³⁹ Vgl. dazu: Daniel Thürer, Direkte Demokratie: eine Form des Widerstands?, in: Hans Herbert von Arnim (Hrsg.), Widerstand, Schriftenreihe der Hochschule Speyer Band 215, Beiträge auf der 13. Speyerer Demokratietagung vom 27./28. Oktober 2011, S. 63-80.